

1914	Auf Antrag des ostdeutschen Landesverbandes des 1903 gegründeten Deutschen Katholischen Frauenbundes (KDFB), wurden unter der Leitung von Maria Heßberger bis 1920 Hausfrauenabteilungen im KDFB gegründet, um die hauswirtschaftliche Bildung der Frauen und die Lösung der Dienstbotenfrage voranzutreiben.
1914-1918	Herausgabe der „Sammlung hauswirtschaftlicher Broschüren“, die die durch den 1. Weltkrieg entstandene schlechte Ernährungs- und Rohstofflage zum Thema hatten
	Hausfrauen engagieren sich mit anderen Organisationen im Nationalen Frauendienst
	Entstehung von hauswirtschaftlichen Berufsschulen
1926	Mitgliederzahlen: 100.000 Hausfrauen aus allen Bevölkerungsschichten in 430 Hausfrauen-Abteilungen, davon allein in Bayern 27.000 und im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet 52.000
	Referentin für Hausfrauenfragen in Köln: Anna Heidermanns (bis 1940)
	Ausbau der Hausfrauenabteilungen zur Hausfrauenvereinigung des KDFB – Berufsorganisation katholischer Hausfrauen (HV)
1927	Die Hausfrauenvereinigung arbeitet als Sachverständige für das Berufsausbildungsgesetz und Hausgehilfengesetz
1929	Zur Bildung der öffentlichen Meinung und Meinungsververtretung in wirtschaftspolitischen Fragen: Mitarbeit im Reichsmilchsausschuss, Reichsseefischsausschuss, Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (Ausgestaltung des Lehrdienstes) Institut für Hauswirtschaftswissen, Reichswirtschaftsrat
1930	Mitgliederzahlen: 140.000 Hausfrauen in 600 Zweigvereinen
	Namensänderung in Reichshausfrauenvereinigung
	Beratungsstellen in Stuttgart und München als dauerhafte Einrichtungen
1933-1945	Die Verbandsarbeit wird eingefroren. Das Reichskonkordat sichert den Bestand des Verbandes bei Verbot von gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Arbeit
1946	Der Kultusminister von NRW beruft die Hausfrauenvereinigung in den Gutachter-ausschuss für Berufs- und Berufsfachschulen
1950	Die erste Nachkriegsgeneralversammlung des KDFB findet statt: Die Hausfrauenvereinigung wird von den Behörden zur Mitarbeit aufgefordert. Mit der Bundesanstalt für Arbeit bemüht sie sich um gesetzliche Grundlagen für die hauswirtschaftliche Lehre. Im Rahmen des Marshallplanes wird ein Institut für Hauswirtschaftliche Forschung eingerichtet.
	Trizonale Tagung der Frauenverbände
	Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft in der Arbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft
	Mitarbeit im Verbraucherausschuss des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
1951	Zur Aufwertung der Hausfrau fordert die HV Entgelt für Schöffentätigkeit von Hausfrauen. Es wird eine Interessensgemeinschaft für Ernährung gegründet.
	Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit als Trägerorganisation für hauswirtschaftliche Lehre
	Beschluss zur Bildung von Ortausschüssen zur hauswirtschaftlichen

	Berufsausbildung
	Sehr erfolgreiche Rationalisierungsausstellung in Düsseldorf zum Thema „Alle sollen besser leben“
1954	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitgliedschaft bei der Deutschen Gesellschaft für Ernährung</li> <li>- Lehrgänge für Meisterhausfrauen und Haushaltsmeisterinnen</li> <li>- Eröffnung einer Hauswirtschaftlichen Beratungsstelle in Bonn unter Leitung der Hausfrauenvereinigung durch das Ministerium für Wirtschaft</li> <li>- Das Bundesministerium für Arbeit erkennt die Ausbildung zur geprüften Hauswirtschaftsgehilfin als Lehrberuf an</li> <li>- Gründung von Ausschüssen für hauswirtschaftliche Lehre auf Bundes-, Landes- und Ortsebene</li> </ul>
1958	Die Hausfrauenvereinigung Bayern schließt Tarifverträge als Arbeitgeber ab.
1959	Eine „Rechtsbeschwerde“ der Gewerkschaften um Tariffähigkeit geht vor das Bundesverfassungsgericht. Das Urteil lautet, dass die Hausfrauenvereinigung zum Abschluss von Tarifverträgen befugt ist.
1962	Die Hausfrauenvereinigung wird ein eingetragener Verein unter dem Namen Hausfrauenvereinigung im KDFB e.V..
1965	Arbeitsschwerpunkte: Frau und Arbeitswelt, Bewertung der Hausarbeit; Rentenreform: Wohin bringt sie die Frauen?; Sicherheit und Technik im Haushalt, Versicherung für Hausfrauen
1967	Die Hausfrauenvereinigung bemüht sich um Einbeziehung der hauswirtschaftlichen Ausbildung in das Berufsbildungsgesetz.
1970	Neuorganisation: Staatliche Trägerschaft für die hauswirtschaftliche Berufsausbildung
1972	Entsendung von Vertreterinnen in das Kuratorium „Stiftung Warentest“.
1973	Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände Bonn (AgV), ab dem Jahr 2000: Verbraucherzentrale Bundesverband Berlin (vzbv). Die Hausfrauenvereinigung erhält beratende Funktion in Ausschüssen
Ab 1975	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Hausfrauenvereinigung orientiert Hausfrauen über das Marktgeschehen als verantwortungsbewusste Verbraucherinnen.</li> <li>- Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Verbraucher beim Papier „Europäische Binnenmärkte – Überschüsse und Vernichtung“; beim Verbraucherinstitut Berlin, Neue Medien im Haushalt; bei der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft</li> </ul>
1983	Die Vorsitzende Änne Terhaag widmet sich den Arbeitsschwerpunkten Umweltschutz im Haushalt und Verbraucherfragen.
1990	Arbeitsschwerpunkte ab 1990: Seminare und Infoschriften zu den Themen: Umwelt, Ernährung, Gentechnik
1994	Arbeitsschwerpunkt Kontakte nach Osteuropa
2002	Namensänderung in VerbraucherService im Katholischen Deutschen Frauenbund e.V.
2002-2008	Themenschwerpunkte: Ernährung und Klima, Telekommunikation und Internet, Datenschutz, Altersvorsorge und Pflegeversicherung, Verbraucherbildung an Schulen, Neuordnung der hauswirtschaftlichen Berufsbildung
2008-2011	Projekt mit dem Verbraucherzentrale Bundesverband „für mich. für dich. fürs

	klima“ zum Themenbereich klimabewusste Ernährung, Projekt-Veranstaltungen in fast allen KDFB-Diözesanverbänden, es wurden 2.500 Teilnehmerinnen erreicht.
2014	Beschluss zum Handelsabkommen TTIP, Thema Datenschutz: Der gläserne Verbraucher
2015	Mitglied im Bündnis für Nachhaltige Textilien
2015	Mitglied im Zentrum für europäischen Verbraucherschutz (ZEV), Bearbeitung von Verbraucherschutzthemen innerhalb der europäischen Gemeinschaft.
2016	Parlamentarisches Frühstück: Welt ohne Bargeld?
2016	Studententagung: Wege zur gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung
2016-2018	Mitarbeit in der vzbv-Netzwerkgruppe „Nachhaltiger Konsum“
2018	Schwerpunktthema Verpackungsmüll reduzieren
2019-2021	Mitarbeit in der vzbv-Netzwerkgruppe „Ressourcenschutz“
2021	Beschluss „Verbindliche Regelungen für sichere Nahrungsergänzungsmittel“
2022/23	Schwerpunktthema: Plastikverpackungen vermeiden
2024/25	Schwerpunkt: Mobilität nachhaltig und sozialverträglich

### Bundsvorsitzende seit 1920

1920-1934	Emily Brugger
1934-1946	Ruhen der Verbandsarbeit
1946-1965	Theodora Meyer-König
1965-1975	Irmgard Borsbach
1975-1983	Anna Freifrau von Graes
1983-1990	Änne Terhaag
1990-1994	Katharina Krahwinkel
1994-1998	Berti Niehoff
1998-2006	Franziska Kleiner
2006-2007	Susanne Weidl
2007-2010	Helgit Kadlez
2010-2013	Christa Schweyen-Arnoldy
2013-2014	Gabriele Meyer und Angelika Wollgarten, kommissarisch
2014-2020	Angelika Wollgarten
2020-2021	Juliana Daum, kommissarisch
2021	Juliana Daum